

9. MB – 17.11.2021

Zur pandemiebedingten Absage von Ausschusssitzungen erklärt die GRÜNE Fraktion im Kreistag:

20 Monate Pandemie und nichts gelernt. Kommunale Demokratie funktioniert noch immer nicht digital!

Im Dezember 2020 hat unsere Fraktion den Landrat aufgefordert, die Digitalisierung der politischen Arbeit endlich voranzutreiben und Onlinesitzungen oder hybride Sitzungen auch für die Gremien des Kreistags einzuführen. Eine Reihe von Kommunen auch in unserem Kreis tun dies heute, und auch die Kreisverwaltung hat mitgeteilt, dass verwaltungsintern diese Möglichkeiten selbstverständlich genutzt werden. Reguläre Sitzungen von Ausschüssen seien aber nicht rechtskonform durchführbar. Auf unsere öffentliche Forderung hatte der Landrat am 11.12.2020 geantwortet:

„Auch ein stetiges Wiederholen derartiger Forderungen verändert die geltende Rechtslage nicht. Es ist vielmehr auf Ebene des Landes, genau genommen im Landtag, zu entscheiden, ob man die einschlägigen Vorschriften verändere“.

Dazu stellen wir fest: auch im zweiten Corona-Winter fällt der Kreisverwaltung nichts Besseres ein, als mit der katastrophalen Entwicklung der Inzidenzen die Absage der Sitzungstermine zu begründen. Obwohl bereits seit langem die 3G-Regeln auch für die Kreispolitik gelten, obwohl man mit zusätzlichen tagesaktuellen Tests zusätzliche Sicherheit schaffen könnte und auch reichlich Zeit gewesen wäre, die rechtlichen Voraussetzungen für digitale Sitzungsformate zu schaffen- die Verwaltung agiert hilflos und entledigt sich ihrer Verantwortung durch Absagen. Die Ausschüsse des Kreistages fassen keine Beschlüsse, sie dienen der politischen Beratung, ohne die keine Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Landesregierung hat offensichtlich ihre Hausaufgaben ebenfalls nicht gemacht, eine entsprechende Initiative für Onlinesitzungen unserer Landtagsfraktion im vergangenen Jahr wurde von der Regierungsmehrheit nicht unterstützt.

Es ist traurig: weil die Impfkampagne in Deutschland schlecht geplant, unzureichend kommuniziert und dann noch konfus umgesetzt wurde, sind die Intensivstationen wieder überfüllt. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen scheinen von der Entwicklung überrascht und überfordert. Und für die Kreisverwaltung bestätigt sich der Eindruck, dass die kommunale Selbstverwaltung gut ohne die Politik auskommen kann und man sehr viel lieber ohne die lästige Beteiligung der gewählten Vertreter:innen arbeitet.

Wir sind mit diesem Durchwinken politischer Entscheidungen nicht einverstanden!

Die Fraktionspressestelle